

Historische Entwicklung der politischen Linksbewegung in der Türkei



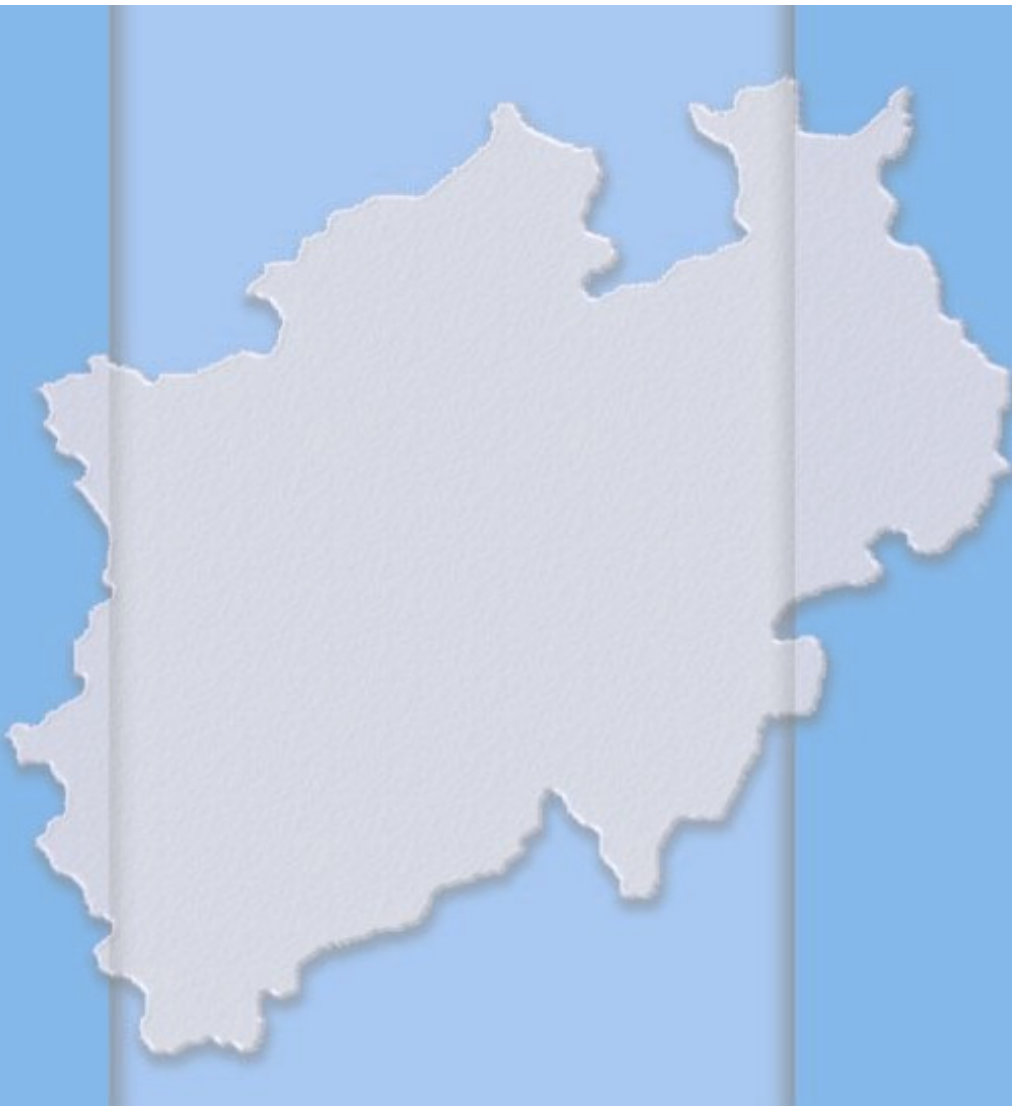
Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen

NRW.

Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Im August 2006

www.im.nrw.de/verfassungsschutz



1 Erste Phase: von 1920 bis zum 1. Militärputsch vom 27. Mai 1960

Die Oktoberrevolution von 1917 in Russland fand in dem langsam zerfallenden Osmanischen Reich große Resonanz. Inspiriert durch die Oktoberrevolution bildeten sich mehrere kommunistische Gruppierungen in Anatolien. Mit dem Zusammenschluss dieser Gruppierungen auf dem Kongress von Baku (Aserbeidschan) wurde am 10. September 1920 der Grundstein der 'Kommunistischen Partei der Türkei' (TKP) gelegt. Auf diesem Kongress wurde die Verlegung der Parteizentrale nach Anatolien beschlossen, wo die Bevölkerung unter der Führung von Mustafa Kemal (Atatürk) gegen die Besetzer (Alliierten) den Befreiungskrieg geführt hatte, da die Kommunisten sich an der Seite der Kemalisten am Krieg beteiligen wollten. Die Bevölkerung Anatoliens sympathisierte damals sowohl mit der Sowjetunion als auch mit den türkischen Kommunisten, die über eine gut organisierte militärische Einheit verfügten und gegen die Alliierten effektiv gekämpft hatten. So konnten die Linken in Anatolien an Einfluss gewinnen.

Nach der Gründung der Republik im Jahr 1923 und der Aufstellung einer regulären Armee kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Kemalisten und den Kommunisten. Letztere wurden von den Kemalisten als Rivalen bei der revolutionären Veränderung der Gesellschaft angesehen, obwohl in den 20er Jahren die Industrie in der Türkei noch nicht entwickelt und die Anzahl der Arbeiter gering war, so dass die "Arbeiterklasse", unter deren Führung die sozialistische Revolution hätte stattfinden können, noch nicht erkennbar war. Ein Gegensatz bestand außerdem in ideologischer Hinsicht: Nach Auffassung der Kemalisten sollte im neugegründeten Staat eine klassenlose Gesellschaft verwirklicht werden. Nach dem Motto "Wir bilden eine Gemeinschaft ohne Klassen und ohne Privilegien (sinifsiz imtiyazsiz bir kitle)" versuchten die Kemalisten von Anfang an eine Entwicklung zu verhindern, wie sie zu der Oktoberrevolution in Russland geführt hatte. Bei der Gründung der türkischen Republik wurde eine kemalistische "bürgerliche Revolution" von Staats wegen realisiert. Da die kemalistische bürgerliche Revolution fast ohne Bourgeoisie verwirklicht wurde, wurden die Reformen immer von oben durchgeführt, in anderen Worten: "Gegen das Volk – für das Volk".

Gleichwohl konnten die Kemalisten mit diesen Reformen und den staatlichen Interventionen die Differenzierung der Gesellschaft nicht verhindern. In der aufkommenden Marktwirtschaft entstanden unterschiedliche Gesellschaftsschichten im kapitalistischen Sinne. Obwohl die Arbeiterschaft zu Beginn dieser Entwicklung noch unbedeutend war, bildeten sich in den Großstädten zahlreiche Arbeiterorganisationen. Die Veranstaltungen und Kundgebungen der Arbeiterorganisation wurden mehrfach von Streitkräften gewaltsam unterdrückt.

Aber nicht die Protestaktionen der politisch noch unbedeutenden organisierten Arbeiterschaft, sondern ein Kurdenaufstand im Jahre 1925 brachte die neu gegründete türkische Republik zum ersten Mal ernsthaft in Gefahr. Im so genannten Scheich Said¹ Aufstand entlud sich die Enttäuschung kurdischer Offiziere, Stammesführer, Scheichs und städtischer Notabeln, die während des Befreiungskrieges die Kemalisten unterstützt hatten und nach den Wahlen 1923 bei der Vergabe höherer Stellen übergegangen wurden. Außerdem waren etliche Kurden, die sich im Befreiungskrieg engagiert hatten, gezwungen, die Türkei zu verlassen, wollten sie sich nicht wegen ihrer als Landesverrat eingestuft Kontakte zu den Alliierten einer Strafverfolgung aussetzen. Die von den Kemalisten nach dem Motto "Anschluss an die zeitgenössische Zivilisation" –gemeint war die europäische– ergriffenen Maßnahmen zur Säkularisierung und Türkisierung der neuen gegründeten Republik, insbesondere die massive Rückdrängung des Islam, wurden von Kurden und Türken gleichermaßen abgelehnt. Durch die Abschaffung des islamischen Kalifats am 3. März 1924 wurde auch das wichtigste Bindeglied zwischen Türken und Kurden abgeschafft. Der von Scheich Said geleitete Aufstand war ein nationalistischer Aufstand in religiösem Gewand. Die zunächst nationalistische Terminologie wurde erst in der Massenmobilisierung durch religiöse

¹ Scheich Said aus Palu (Provinz Elazığ/Osttürkei) war sowohl ein kurdischer Nationalist als auch religiöser Führer und spielte eine wichtige, integrierende Rolle in der kurdischen Gesellschaft. Er war zugleich Führer der 1923 gegründeten kurdischen Geheimorganisation namens 'Azadi' (kurdisch: "Freiheit"). Unter den wichtigsten 'Azadi'-Mitgliedern waren Stammesführer, Scheichs und auch Offiziere, darunter M. Kemal Atatürk, die in der osmanischen Armee gedient und gegen die Alliierten gekämpft hatten.

Appelle ergänzt. Wegen der religiösen Forderungen der Aufständischen und der engen Beziehungen der kurdischen Nationalisten zu den Engländern unterstützten die Kommunisten die kurdischen Aufstände nicht und positionierten sich auf der Seite der Kemalisten, obwohl sie selbst von der kemalistischen Regierung unterdrückt wurden.

Durch die in Reaktion auf den Aufstand von der damaligen Regierung erlassenen zahlreichen repressiven Gesetze wie das Notstandsgesetz oder das Kriegsrecht und die Einrichtung so genannter "Unabhängigkeitsgerichte", konnten zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Gewerkschaften, ihre Arbeit nicht mehr fortsetzen. Die im Parlament verabschiedeten Gesetze zur "Unterdrückung reaktionärer Elemente" wurden auch auf die Linksbewegung angewandt. Schließlich musste auch die TKP in die Illegalität gehen.

Trotz des repressiven Umgangs des Staates mit der politischen Linksbewegung konnten in den dreißiger Jahren marxistische Bücher verlegt werden. Die Linksbewegung hatte die Möglichkeit, sich theoretisch zu bilden und sich für politische Diskussionen vorzubereiten. Diese Umstände führten bei den Kommunisten zur Entstehung eines ambivalenten Verhältnisses zum Kemalismus, zur Rolle des Militärs und zum türkischen Nationalismus, das bis heute besteht.

Kurz nach dem zweiten Weltkrieg in der Ära des "kalten Krieges" ging die Türkei vom Einparteien- ins Mehrparteiensystem über. 1950 kam die 'Demokratische Partei' (DP)² an die Macht. Damit wurden in den 50er Jahren Themen wie Privatisierung und die Laizismusfrage, die bis zu diesem Zeitpunkt als Tabuthemen galten, zum ersten Mal aufgeworfen. Statt des strengen Etatismus konnte sich eine freie Wirtschaft etablieren. Dadurch wurden die Entwicklung des Kapitalismus und der Industrialisierung des Landes beschleunigt. Zwischen 1950 und 1960 wurden im großen Maßstab Straßen und Kraftwerke gebaut. In kurzer Zeit kamen in den Dörfern der Türkei 10.000 Traktoren an. Gleichzeitig strömten Millionen von Dorfbewohnern in die Städte. Die Auflösung der geschlossenen Ökonomie auf dem Lande und der reale Anstieg der Arbeiterlöhne führten dazu, dass allmählich eine relativ hohe Wachstumsgeschwindigkeit³ erreicht wurde.

Nach dem zweiten Weltkrieg erlebten die sozialistischen Ideen weltweit einen Aufschwung und wurden als realistische politische Alternative angesehen. Dies führte auch in der Türkei zu einem Aufschwung der Kommunisten. Viele Linke hatten bei den Wahlen trotz der gegensätzlichen ideologischen Ausrichtung die DP unterstützt, da sie von einer DP-Regierung mehr Demokratie erwarteten. Die Demokratisierung des Landes sollte mehr Spielraum für die Umsetzung ihrer eigenen politischen Ideen schaffen. Aber die durch den Aufstieg der Kommunisten irritierte neue Regierung wollte ihnen keine weitere Chance geben, sich zu organisieren. So kam es im Jahr 1951 zu der als "1951 Komünist tefkifi" bekannten Kommunistenverfolgung. Während sich die TKP in einer neuen Vorbereitungsphase befand, wurden wichtige Kader der Partei verhaftet. In einem Massenprozess gegen die Kommunisten, den die DP-Regierung inszeniert hatte, verurteilte das Militärgericht mehr als 100 Mitglieder der TKP zu hohen Freiheitsstrafen.

1954 wurde von dem damaligen bekannten marxistischen Theoretiker Dr. Hikmet Kivilcim⁴ die 'Vatan Partisi' (Heimatspartei) gegründet, die 1957 verboten wurde und deren Mitglieder ebenfalls verfolgt wurden.

Als die DP-Regierung ihr Wahlprogramm weder im wirtschaftlichen Bereich noch bezüglich der Demokratisierung des Landes verwirklichen konnte, verschärfte sie die Repressionen gegen Arbeiter- und Studentenorganisationen, auch gegen die politische Opposition, die CHP. Es wurde sogar CHP-Vermögen beschlagnahmt. Die Arbeiter- und Studentendemonstrationen, an denen sich fast die gesamte Opposition beteiligte, griffen auf Großstädte über. Die DP hatte für die im Herbst 1960 anstehenden Neuwahlen eine Niederlage zu erwarten. Es gab Chaos im Lande. Gegen die Politik der DP-Regierung wurden täglich Demonstrationen organisiert, an denen nicht nur Studenten und Arbeiter, sondern Mitglieder aller gesellschaftlichen Schichten, sogar die Beamten, teilnahmen

² 1946 traten Politiker wie Celal Bayar und Adnan Menderes aus der 'Republikanischen Volkspartei' (CHP) aus und gründeten im gleichen Jahr die 'Demokratische Partei' (DP), die als Vertreterin der Großgrundbesitzer und der Industriebourgeoisie auftrat. Mit Parolen gegen die Arbeitslosigkeit und dem Versprechen, Streik- und Gewerkschaftsrechte, Pressefreiheit und freie Religionsausübung zu gewährleisten, trug sie bei den Wahlen im Jahre 1950 den Sieg davon. Die DP errang 408 der insgesamt 486 Sitze in der "Großen Nationalversammlung".

³ Bis zum Ende der siebziger Jahre erreichte die Wachstumsgeschwindigkeit 7%.

⁴ Dr. Hikmet Kivilcim hatte versucht, von der Erfahrung der Türkei ausgehend eine neue Revolutionstheorie zu entwickeln. Er hatte sich hauptsächlich mit der vorkapitalistischen Geschichte und der Beziehung zwischen Rückständigkeit und den vorkapitalistischen Zivilisationen beschäftigt und bemühte sich darum, eine Erklärung zu finden, warum es der Türkei nicht wie Japan gelungen war, zu den kapitalistischen Industrieländern zu gehören.

2 Zweite Phase: Entwicklung nach dem 2. Militärputsch vom 27 Mai 1960

Am 27. Mai 1960 putschte die Armeeführung. Die Putschisten repräsentierten ein weites politisches Spektrum, das von der 'Ülkücü-Bewegung' ('Graue Wölfe')⁵ bis zu linken kemalistischen Offizieren reichte. Unter der Führung des linken Flügels der Putschisten konnte die Lage unter Kontrolle gebracht werden und eine der demokratischsten Verfassungen der Türkei, die Verfassung von 1961, erlassen werden. In der neuen Verfassung fand auch die sozialistische Ideologie, die lange Jahre unterdrückt gewesen war, ihren Niederschlag. Sie garantierte bestimmte soziale Rechte für die Bürger, zum Beispiel das Recht auf Arbeit und Arbeitsurlaub, Mindestlöhne, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit und das Streikrecht, einige Rechte an den Universitäten, außerdem die Erlaubnis der Übersetzung sozialistischer Literatur usw.

Während in den westeuropäischen Staaten die Entwicklung der kommunistischen Bewegungen zum Stillstand kam, fanden in der "Dritten Welt" große sozialistische Umwälzungen statt. Die chinesische Revolution war bereits verwirklicht. Es folgte die Revolution in Kuba. Ende 1960 stand bereits ein Sieg des Vietkongs fest. Überall in der Welt erreichten nationale Befreiungskämpfe mit sozialistischer Inspiration ihren Höhepunkt. Vor diesem Hintergrund initiierte die politische Linksbewegung in der Türkei eine starke antiimperialistische Bewegung.

In Europa begannen in den 60er Jahren die Arbeiter- und Studentenbewegungen. In Folge der Landflucht, die seit den 50er Jahren anhielt, nahm der Arbeiteranteil in den Metropolen massiv zu, gepaart mit einer hohen Anzahl von Arbeitslosen. Hier fand die politische Linksbewegung eine Basis, um sich zu organisieren. Auch in der Türkei wurde das Gewicht der neu entwickelten Arbeiterbewegung auf der politischen Bühne immer deutlicher sichtbar. 1960 gab es in der Türkei eine politische Öffnung nach links, was zu einer Aktivierung der demokratischen Kräfte führte. Unter diesen Bedingungen erlebte die Linksbewegung in der Türkei einen schnellen, unerwarteten Erfolg. Gleichzeitig begann aber eine "Strategiediskussion" unter den Linken, die die Spaltung der Bewegung zur Folge hatte.

Auf der Grundlage der Verfassung von 1961 konnte sich die politische Linksbewegung neu entfalten. Dies tat sie unter anderem mit der Veröffentlichung der Zeitschrift 'Yön' (Richtung). Die Kernpunkte des Programms der Herausgeber waren die Umsetzung einer Landreform, um die im Lande immer noch herrschenden feudalen Verhältnisse abzuschaffen und die Verstaatlichung des Innen- und Außenhandels, der Großindustrie sowie des Bankwesens, um die Kontrolle des Staates über die Wirtschaft zu bewahren. Außenpolitisch sollte die türkische Republik neutral bleiben. Die 'Yön-Gruppe' strebte danach, die linksorientierten Intellektuellen und Offiziere zu beeinflussen und zu organisieren, um eine "Revolution von oben" zu verwirklichen. Die Bevölkerung hielten sie noch nicht für reif genug, den Aufbau eines sozialistischen Staates "von unten" zu bewerkstelligen. Die Ideologie dieser Bewegung kann als eine linksradikale Interpretation des Kemalismus unter dem Einfluss des Bolschewismus angesehen werden.

Später entstand die aus der 'Yön-Gruppe' hervorgegangene 'Bewegung für die Nationaldemokratische Revolution' (MDD)⁶. Auch die MDD vertrat die Auffassung, dass die Türkei kein entwickeltes kapitalistisches, sondern ein halb-koloniales und halb-feudales Land sei. Deswegen könne eine sozialistische Revolution nicht unmittelbar realisiert werden. Zunächst sollte die bürgerlich-demokratische Revolution verwirklicht und durch den anti-imperialistischen Kampf die Unabhängigkeit des türkischen Staates erreicht werden. Die sozialistische Revolution stelle das Endziel dar und sollte stufenweise verwirklicht werden. Von dieser These ausgehend sollte die Arbeiterklasse vorübergehend Bündnisse mit den Vertretern aller Klassen und Schichten schließen, die über ein demokratisches Programm verfügten.

⁵ Der Führer der 'Ülkücü-Bewegung', Basbug Alpaslan Türkes, der damals ein Offizier in der Armee war, hatte am Putsch teilgenommen. Später wurde er durch linksorientierte Offiziere aus seiner Machtstellung gedrängt.

⁶ 'Milli Demokratik Devrim Hareketi'

Die MDD unter der Führung des bekannten Kommunisten Mihri Belli⁷ plädierte für eine nationale demokratische Revolution als Vorstufe für den Aufbau des Sozialismus und betrachtete die Kemalisten und die kemalistisch orientierten Offizieren als ihre Verbündeten. Der Kampf gegen den US-Imperialismus war vorrangig für diese Gruppe, nach deren Meinung sich die Türkei unter der Oberhoheit des US-Imperialismus befand. Deshalb sollte die erste Stufe der Revolution die Eliminierung dieser Kräfte zum Ziel haben und nicht den Sozialismus. Für das Ziel sollte eine gemeinsame Front aller nationalen Schichten und Klassen gebildet werden. "Die Schicht der Intellektuellen in Armee und Zivilleben" sollte eine wichtige (führende) Rolle in dieser Revolution spielen. Eine aus ihnen gebildete Militärregierung sollte die Macht übernehmen. Diese Gruppe schloss die Möglichkeit der Verwirklichung der national-demokratischen Revolution durch die Intervention der Armee, also eine linksorientierte Militärregierung, nicht aus.

Im selben Zeitraum wurde von Gewerkschaftern und linken Intellektuellen die 'Arbeiterpartei der Türkei' (TIP)⁸ gegründet. Die TIP betrachtete die Türkei im Gegensatz zur 'Yön-Gruppe' als ein kapitalistisches Land, in dem eine sozialistische Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse realisiert werden könnte. Daher plädierte die TIP für eine "Revolution von unten". Im Gegensatz zur MDD war die TIP unter der Führung der Soziologin Behice Boran⁹ für die sozialistische Revolution auf parlamentarischem Weg.

In kurzer Zeit wurde die TIP türkeiweit populär. Bei den Parlamentswahlen von 1965 gelang es der Partei auf Anhieb, mit 15 Abgeordneten ins Parlament einzuziehen. Da die TIP darauf achtete, auf der legalen Ebene zu bleiben, hielt sie Distanz zu illegalen Aktionen der anderen linken Gruppierungen.

Zwischen 1961 und 1968 fanden die Diskussionen über Ziel und Strategie der Revolution im wesentlichen zwischen der MDD und der TIP statt. In dieser Zeit standen sich die beschriebenen zwei Hauptströmungen der türkischen Linksbewegung gegenüber: Die MDD kritisierte den "Parlamentarismus" der TIP scharf und beschuldigte die Partei des "Opportunismus". Besonders junge Mitglieder der TIP wurden durch diese Anschuldigungen beeinflusst und begannen mit ihrer Partei zu brechen. Die TIP stellte sich gegen die militanten Aktionen der Jugend.

Die Meinungsunterschiede zwischen den beiden Strömungen waren erheblich und die Diskussion wurden immer heftiger. So kam es, dass – während die MDD Jugendliche zu militanten Aktionen, etwa die Besetzung von Universitäten und antiamerikanische Proteste, ermutigte – die TIP die gleichen Aktionen scharf kritisierte mit der Begründung, dass solche Aktionen das parlamentarische System gefährden und zur Entstehung eines faschistischen Regimes führen könnten.

1965 wurde die revolutionäre Jugendorganisation 'Dev-Genc'¹⁰ gegründet, die einen wesentlichen Teil der studentischen Jugend mobilisieren konnte. Sie versammelte einige tausend Aktivisten um sich und organisierte neben Universitätsbesetzungen auch Aktionen gegen die US-Flotte. Sie unterstützte Arbeiterstreiks, kämpfte gegen Übergriffe durch die als "Zivilfaschisten" bezeichneten 'Ülkücü'-Anhänger und führte einen ideologischen Kampf gegen die Führung der TIP.

Das Ende der 60er Jahre ist durch zahlreiche Spaltungen in der türkischen Linken gekennzeichnet. Innerhalb weniger Monate im Jahr 1968 entstanden aus Spaltungen der MDD, die sich während des Anwachsens der Studentenbewegung in Europa 1968 zu einer Massenorganisation entwickelt hatte, mehr als ein halbes Dutzend sozialistischer Gruppierungen und Organisationen und damit alle wesentlichen Strömungen der heutigen sozialistischen Bewegung der Türkei. Bei der Spaltung der türkischen Linken spielte natürlich auch die Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle: Der chinesisch-sowjetische Konflikt, der Einmarsch in die Tschechoslowakei, die Entwicklung der Guerilla-Bewegung in Lateinamerika, der Vietnamkrieg usw. waren nur einige Ereignisse, die die Aufmerksamkeit der türkischen Linken erregten. Entscheidende Streitfrage innerhalb der türkischen Linksbewegung war, wie man den "sozialistischen" Kampf führen sollte.

⁷ Mihri Belli (1915) Nachdem er seine Hochschulbildung in den Vereinigten Staaten abgeschlossen hatte, kehrte er in die Türkei zurück und wurde Mitglied der TKP. 1947 war er als Guerillakämpfer am Bürgerkrieg in Griechenland beteiligt. Zwei Jahren später kam er in die Türkei zurück, wo er lange Jahre im Gefängnis war. Nach dem Putsch von 1980 war er im Exil in Schweden. Jetzt lebt er in der Türkei.

⁸ 'Türkiye İsci Partisi'

⁹ Behice Boran (Hatko) (1910-1987) hatte in Michigan (USA) Soziologie studiert. Seit 1970 war sie die Vorsitzende der TIP. Als die TIP 1971 von den Generälen verboten wurde, wurde sie zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, kam aber bei der Generalamnestie 1974 frei. 1975 wurde sie nochmals zur Vorsitzenden der wiedergegründeten TIP gewählt. Nachdem Putsch von 1980 stand sie kurze Zeit unter Hausarrest, verließ aus gesundheitlichen Gründe das Land und starb 1987 im Brüsseler Exil.

¹⁰ 'Devrimci Gençlik'

Innerhalb der 'Konföderation der Arbeitergewerkschaften' (Türk-Is) entwickelte sich eine nach links offene Gewerkschaftsbewegung. 1967 wurde der Gewerkschaftsverband 'Progressiver Gewerkschaftsverband' (DISK) gegründet. Die neue Generation der Linken entwickelten sich im Strom der Massen und war von der Möglichkeit überzeugt, die Revolution innerhalb kurzer Zeit verwirklichen zu können. Dies führte oft zu einem Bruch zwischen den Altkadern mit den neuen "Führern". In den 70er Jahren entstand die zweite Generation der revolutionären Bewegung und formierte ihre eigenen Kader.

Die Anfänge der 70er Jahre wurden zum Höhepunkt in der Geschichte der türkischen Linken. Diese Zeit stellt auch einen Wendepunkt in der Geschichte der Linksbewegung in der Türkei dar. Am Ende der 60er Jahre verwandelte sich das revolutionäre Potential der Jugendbewegung in eine politische Bewegung, die die Guerilla-Organisationen der 70er Jahre hervorbrachte. Diese kleinen bewaffneten Gruppen begannen einen Guerilla-Krieg in der Hoffnung, die Bevölkerung in kurzer Zeit für die Revolution zu gewinnen. Die Zeit zwischen 1968 und 1971 war die kämpferischste Periode der Bevölkerung in den Geschichte der Türkei. Unter dem Einfluss der sich ständig vergrößernden Studentenbewegung mit ihren Universitätsbesetzungen führten die Arbeiter in diesen Jahren offizielle und wilde Streiks sowie Fabrikbesetzungen durch. Während der Universitäts- und Fabrikbesetzungen kam es immer wieder zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Einen besonderen Höhepunkt stellt dabei der Arbeiterwiderstand vom 15./16. Juni 1970 in Istanbul dar, bei dem die aufständische Arbeiterschaft in zwei Tagen fast die ganze Stadt eroberte. Parallel zu dieser Mobilisierung der Arbeiter und Studenten kam es auch zu Landbesetzungen durch arme Bauern. Die antiamerikanische Protestwelle wuchs von Tag zu Tag an. Die Flotten der USA konnten nicht mehr ungestört türkische Häfen anlaufen. Die politische Lage war sehr instabil.

Die seit Beginn der 70er Jahre in der Türkei existierende Guerillabewegung nahm sich Lateinamerika (Che Guevara) zum Vorbild und glaubte, mit Waffengewalt eine revolutionäre Entwicklung erzwingen zu können. Die beiden wichtigsten Gruppen der türkischen Linken in dieser Zeit waren die 'Volksbefreiungsarmee der Türkei' (THKO) und die 'Volksbefreiungspartei und -front der Türkei' (THKP-C). Es gab nur geringe politische Differenzen in dem Revolutionsverständnis der beiden Gruppen. Während die THKO eher unter dem Einfluss der kubanischen Revolution zu stehen schien, behauptete die THKP-C, einer modifizierten maoistischen Linie zu folgen. Beide Gruppen hatten nach dem Putsch vom 12. März 1971 erhebliche Verluste erlitten. Obwohl die Guerillabewegung der 70er Jahre gescheitert war, hinterließ sie bei den späteren Generationen großen Eindruck. Diese Bewegung bestand aus einer kleinen Gruppe, der Kern ihrer Kader bestand aus einigen hundert Kämpfern, die mehrheitlich Studenten waren. Sie konnten sich nur von September 1970 bis März 1972 halten. Trotz des unbedeutenden Umfangs der Guerilla-Aktivitäten wurde diese Zeit von späteren Generationen von Sympathisanten als der Höhepunkt des "Klassenkampfes" in der Geschichte der modernen Türkei angesehen.

Am 12. März 1971 forderte die Armeeführung die Regierung Demirel zum Rücktritt auf, um dem "wirtschaftlichen Chaos und der Anarchie im Lande" ein Ende zu machen, was schon wenige Stunden später erfolgte. Der Putsch zielte vor allem auf die Zerschlagung der linken Kräfte. Die Führer der militanten Linken wurden rasch verhaftet und einige von ihnen hingerichtet. Die bedeutenden linken Organisationen 'Dev-Genç', DISK und die Lehrgewerkschaft TÖS sowie die TIP wurden bereits unmittelbar nach der Verhängung des Ausnahmezustandes verboten. Obwohl der Putsch vom 12. März 1971 zum Verlust zahlreicher Kader der Bewegung führte, konnte sich die politische Linksbewegung in kurzer Zeit wieder neu formieren.

3 Dritte Phase: Entwicklung nach dem 3. Militärputsch vom 12. September 1980

Der Putsch der Militärs vom 12. März 1971 und seine Folgen beendeten die Illusionen vieler linksorientierter Gruppen über den Kemalismus. Denn nicht wenige linke Strömungen hatten, wenn auch in unterschiedlichem Maße, positive Erwartungen in die "revolutionären Kemalisten" bzw. kemalistisch orientierten Offiziere gesetzt. Angesichts des Schlags der Armee gegen die Linksbewegung distanzieren sich ihre Vertreter mehrheitlich von der Überzeugung des "revolutionären Potentials des Kemalismus". Einige von ihnen blieben jedoch, trotz allem, dem Kemalismus verbunden.

Im Jahre 1973, zwei Jahren nach dem Putsch, wurden das Kriegsrecht aufgehoben und im Oktober Parlamentswahlen abgehalten. Dabei erzielte die 'Republikanische Volkspartei' (CHP) ein überraschend gutes Ergebnis. CHP und MSP ('Nationale Wohlfahrtspartei') einigten sich Anfang 1974 auf eine Regierungskoalition. Die von der CHP während des Wahlkampfes versprochene Generalamnestie für politische Gefangene wurde von der Regierungskoalition in die Tat umgesetzt. Die Generalamnestie war der Anlass für die Wiederbelebung der Linksbewegung, die 1977 ihren Höhepunkt erreichte. Die von der Gewerkschaft DISK organisierte 1. Mai Demonstration 1977 fand mit circa 1,5 Millionen Teilnehmern statt. Diese war die größte 1. Mai Kundgebung in der Geschichte der Türkei. Während der Kundgebung begannen Scharfschützen¹¹, auf die Demonstranten zu schießen. In der folgenden Panik starben 37 Demonstranten.

Die linksorientierte Gewerkschaft DISK wurde türkeiweit so mächtig, dass sie Zehntausende von Oppositionellen mobilisieren konnte. Sie gründete Massenorganisationen, denen ein breites Spektrum – von Studenten, über Staatsangestellte bis zu technischen Bediensteten – angehörte und die beträchtlichen Einfluss auf das gesellschaftliche und politische Leben hatten. 1978 waren rund eine Millionen Arbeiter, Angestellte und Studenten in den Massenorganisationen organisiert, die unter dem Einfluss von linken Parteien oder Strömungen standen. Hinzu kamen weitere oppositionelle Massenorganisationen, denen Staatsbedienstete angehörten, zum Beispiel der "Polizei-Solidaritäts-Verband" mit circa 15.000 Mitgliedern, der sich selbst als zivilgesellschaftliche demokratische Massenorganisation verstand¹².

In den 70er Jahren entstanden drei voneinander abweichenden Strömungen unter den Linken, nämlich eine pro-sowjetische, eine maoistische und eine unabhängige Linksbewegung.

3.1 Die pro-sowjetische Strömung

Die 'Kommunistische Partei der Türkei' (TKP), die 'Türkische Arbeiterpartei' (TIP) und die 'Türkische Sozialistische Arbeiterpartei' (TSIP) kann man zu dieser Gruppe zählen. Die pro-sowjetische Strömung gewann in den 70er Jahren unter Studenten, Intellektuellen und den Vertretern der Gewerkschaft DISK an Einfluss. Die TKP und TIP waren seit der Militärregierung von 1971 verboten. 1974 wurde die TSIP als erste legale (linke) Partei nach der Parlamentswahlen 1973 gegründet.

3.2 Die maoistische Strömung

Die bedeutendste maoistische Partei, die pro-chinesische 'Türkische Arbeiter- und Bauernpartei' (TIKP), wurde 1974 gegründet. Die TIKP war für die Stärkung der "bürgerlichen" Demokratie als Vorstufe der sozialistischen Revolution und vertrat die Meinung, dass die von der TIKP als "sozial Faschisten" bezeichneten pro-sowjetischen Parteien wegen ihrer revolutionären Strategie langfristig für die Revolution gefährlicher seien als "faschistische" Gruppen, also vor allem die 'Grauen Wölfe'. Die Anhänger der TIKP hatten sowohl den "sozialen Faschisten" als auch den "Faschisten" den Krieg erklärt.

Die meisten anderen neu entstandenen maoistischen Gruppierungen stammten aus der Guerillabewegung. Sie bezeichneten die sowjetische Richtlinie als "revisionistisch" und "nicht-sozialistisch". Die Sowjetunion wurde als "Verräterin des Sozialismus" gebrandmarkt. Die als "echt revolutionär" angesehene Politik Chinas und die maoistische Revolution mit der Bauernschaft als Träger wurde zum Vorbild genommen.

Nach dem Putsch vom 12. März 1971 spaltete sich die 'Volksbefreiungsarmee der Türkei' (THKO) in mehrere relativ kleine Gruppen wie die 'Halkin Kurtulusu' (Volksbefreiung), 'Halkin Birliđi' (Volkseinheit) und 'Halkin Yolu' (Volksweg), die innerhalb kurzer Zeit zu großen Organisationen heranwuchsen. Alle drei Organisationen betrachteten sich als die Nachfolgeorganisation der THKO. Die stärkere Gruppierung, 'Halkin Kurtulusu', vertrat

¹¹ Es wurde behauptet, dass der Vorfall am 1. Mai 1977 von dem "tiefen Staat" organisiert wurde. Mit dem "tiefen Staat" ist die Zusammenarbeit des türkischen Geheimdienstes mit der 'Ülkücü'-Bewegung und der Konterguerilla, die außerhalb der Regierung agierten, gemeint.

¹² Die Zypern Invasion von 1974 und ihre wirtschaftliche Folgen, vor allem die rasant steigende Auslandsverschuldung und Inflation, steigerte den Widerstand der Massen.

die Peking-Richtung. Zwischen ihnen kam es zu blutigen Rivalitätskämpfen; als die 'Kommunistische Partei Albaniens' auf ihrem 7. Kongress 1976 die chinesische Außenpolitik kritisierte und sich dadurch von China distanzierte, kam es in der Türkei zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern von Enver Hoca (Albanien) und den Anhängern der chinesisch geprägten Sozialismus.

Die wichtigste Gruppe der Maoisten war die nach ihrem Gründer genannte "Kaypakkaya"¹³- Gruppe, die sich 'Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten - Türkische Arbeiterpartei/Bauernbefreiungsarmee' (TKP/ML-TIKKO) nannte. Diese Bewegung gewann im Laufe der 70er Jahre an Prestige und wurde von einigen Massenorganisationen unterstützt.

3.3 Die unabhängige Linke

Die dritte Strömung der türkischen Linksbewegung war die so genannte "unabhängige" Linke, deren führende Kader aus der Guerillabewegung THKP-C stammten. Diese Bewegung spaltete sich in viele Gruppen, die sich jeweils als legitime Nachfolgeorganisation der THKP-C und als Vertreterin der Thesen von ihrem berühmten Theoretiker Mahir Çayan¹⁴ betrachtete. Diese Strömung bestand anfangs hauptsächlich aus Studenten und Intellektuellen, aber in kurzer Zeit konnte sie sich sowohl in den Metropolen als auch in Anatolien organisieren und gewann erheblich an Mobilisierungskraft. Aus der THKP-C entstand zunächst die Organisation 'Devrimci Yol' ('Revolutionärer Weg'). Da die Erinnerung an die Niederlage der Guerillabewegung noch lebendig war, war die Mehrheit der Kader bezüglich der Führung des Guerillakrieges vorsichtiger als die Revolutionäre in den 70er Jahren. Um den Guerillakrieg wurde in den Organisationen gestritten. 1978 schließlich spaltete sich die 'Devrimci Sol' ('Dev-Sol' – Revolutionäre Linke) von der 'Dev-Yol' ab und begann sofort, Propaganda für den bewaffneten Kampf zu treiben. In den 90er Jahren spaltete sich diese Organisation weiter (siehe unten: Ziff. 5).

Die andere erwähnenswerte Organisation unter den "unabhängigen Linken", die ebenfalls ihren gemeinsamen Ursprung in der THKP-C hatte, war die 'Kurtulus'-Gruppe (Befreiung), deren Führung ebenfalls im Guerillakampf verwurzelt war, sich aber kritisch mit der Guerillavergangenheit auseinandersetzte. 'Kurtulus' zielte auf dieselbe gesellschaftliche Basis wie die beiden anderen Gruppen, ideologisch unterschieden sie sich nur im Detail.

Die bedeutendste Gruppierung dieser Strömung blieb 'Dev-Yol', die sich rasch zu einer Organisation entwickelte, die in den Slums der Großstädte, in den Dörfern Anatoliens und an den Universitäten Massen organisieren und mobilisieren konnte.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre fanden blutige Kämpfe zwischen den Linksorientierten und der extrem nationalistischen 'Ülkücü'-Bewegung statt. Gleichzeitig kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den linken Gruppierungen. Durch politische Attentate kamen viele Studenten, Arbeiter, Gewerkschafter und Intellektuelle ums Leben. Die Mehrheit der Opfer waren Linksorientierte, die nicht unbedingt Anhänger von linksextremistischen Organisationen waren. So befanden sich viele Sozialdemokraten unter den Opfern. Kurz vor dem dritten Militärputsch 1980 herrschte im Lande eine bürgerkriegsähnliche Atmosphäre. Auf den Straßen Ankaras und Istanbuls waren die Linksorientierten und 'Ülkücü'-Gruppen in blutige Gefechte verstrickt. Der Staatsapparat hatte sich als hilflos erwiesen und konnte die Spirale der Gewalt nicht durchbrechen– schließlich war der Apparat selbst in "links" und "rechts" gespalten. Linke und rechte Polizisten verhafteten sich gegenseitig; selbst Schulen wurden von Sozialisten oder Nationalisten weltanschaulich vereinnahmt. Hinzu kam eine wachsende wirtschaftliche Misere: Die Inflation lag bei hundert Prozent, internationale Kredite für die Türkei waren wegen der Besetzung Nord-Zyperns 1974 blockiert.

Da die Regierung von Demirel sich vor der Eskalation der Gewalt als handlungsunfähig erwiesen hatte, fühlten sich die Generäle zum dritten Mal in der jungen Geschichte der Türkei verpflichtet, zu intervenieren, um das herrschende Chaos zu beenden. Im Morgengrauen des 12. September 1980 besetzten wieder Panzer die Straßenkreuzungen und fuhren vor Regierungsgebäude und Politikerwohnungen. Der Putsch traf die Linksbewegung zu

¹³ Die Ibrahim Kaypakkaya hat die TKP/M-TIKKO im April 1972 gegründet und kam am 18. Mai 1973 im Gefängnis ums Leben.

¹⁴ Mahir Çayan (1945-1972) hatte in Ankara Politologie studiert. Er war einer der wichtigsten Theoretiker der 'Dev-Yol'-Bewegung. In den 1970er Jahren gründete er mit seinen engsten Genossen die THKP-C. Am 30. März 1972 ist er mit weiteren neun Genossen während eines Gefechts mit den türkischen Streitkräften umgekommen.

einem Zeitpunkt, als sie ihren politischen Höhepunkt erreicht hatte. Nie wieder konnte die politische Linksbewegung in der Türkei so stark werden wie in den 70er Jahren. Sogar dem führenden General des Putsches Kenan Evren war die Mobilisierungskraft der Linken bewusst. General Kenan Evren wandte sich kurz nach dem Putsch im Fernsehen an das Volk mit den Worten: "Wenn wir nicht geputscht hätten, würde jetzt ein Kommunist an meiner Stelle zu Euch sprechen".

4 Vierte Phase: Entwicklung nach dem Putsch vom 12. September 1980

Nach dem Putsch wurden alle Parteien und Gewerkschaften mit sofortiger Wirkung verboten. Mit den Vollmachten des Ausnahmezustandes ausgestattet gingen die Militärs in den folgenden Monaten erbarmungslos und undifferenziert hauptsächlich gegen die Linksorientierten, aber auch gegen Anhänger der 'Ülkücü'-Bewegung vor.

Trotz ihrer Erfahrungen mit dem Putsch vom 12. März 1971 tauchten viele linken Gruppe auch nach dem 12. September nicht unter, sondern begannen stattdessen Diskussionen über den Charakter des Militärputsches. Einige Organisationen erwarteten von den Generälen, dass sie gegen die 'Ülkücü'-Bewegung vorgehen würden. Sie schrieben dem Putsch eine "antifaschistische" Eigenschaft zu. Die TKP nahm eher eine neutrale Haltung gegenüber dem Putsch ein. So bezeichneten sie zum Beispiel den Putsch als "Sturz der Militärs" und wollten den Begriff "Putsch" gar nicht gebrauchen. Die Anhänger der 'Dev-Yol' vertraten anfangs die Meinung, dass sich der Staat im Kern durch den Putsch nicht ändern würde. Die 'Kurtulus' war sogar dagegen, die Militärregierung als rechtsorientiert ("faschistisch") zu bezeichnen. Die Generäle hingegen ergriffen unterschiedslos Maßnahmen gegen alle linken Gruppen. Die Militäroperationen wehten wie ein Sturm über die Linken. Ohne richtig Widerstand leisten zu können, wurde die politische Linksbewegung in kurzer Zeit zerschlagen.

Als 1982 die 'Widerstandsfront gegen den Faschismus' (Fasizme Karsi Birlesik Direnis Cephesi – FKBDK) durch die "unabhängigen Linken" gegründet wurde, war es zu spät für die Linken, die Opposition gegen die Militärregierung zu mobilisieren. Die Front wurde mit der Hoffnung ins Leben gerufen, die Bevölkerung zu gewinnen, einen "Volkskampf" in den Städten und auf dem Land zu beginnen, um die Revolution zu verwirklichen. Die türkischen Linken waren nicht erfolgreich.¹⁵

Vier Jahre nach dem Putsch wurde eine bittere Bilanz gezogen: Mehr als 180.000 Menschen waren verhaftet worden, drei Viertel davon Linksorientierte und Gewerkschafter. Zehntausende hatten ins Ausland fliehen müssen. In den 80er Jahren war die politische Linksbewegung der Türkei den schwersten Angriffen ihrer Geschichte ausgesetzt.

1988 gründeten die türkische Linke und die kurdische PKK zunächst unter der Bezeichnung 'Devrimci Birlik' (Revolutionäre Einheit) noch einmal ein Bündnis. Doch durch interne Streitigkeiten und Zersplitterungen der türkischen Organisationen konnte die "Einheit" ihre eigentliche Aufgabe nicht erfüllen und diese Plattform überlebte nicht lange. In dieser Zeit erlitt die 'Dev-Yol' eine schwere Niederlage durch Militäroperationen. Ihre Anhänger wurden entweder verhaftet, getötet oder mussten das Land verlassen. So gab es kaum jemanden, der einen Widerstand organisieren oder leisten konnte.

Auf der anderen Seite bildeten auch die pro-sowjetischen Gruppen, die TKP, TIP und TSIP, unter der Bezeichnung 'Sol Birlik' (Linke Einheit) eine "Einheit", welche sich, ohne ein konkretes politisches Programm gegen die Militärregierung zu entwerfen, bald auflöste.

Die Wiederbelebung der Arbeiterbewegung und die Mobilisierung der Studenten begann erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre. Anfang 1986 kam es zu den ersten Arbeiterprotesten seit dem Militärputsch von 1980. Ein Jahr später folgten die ersten Studentenproteste. Die bis dahin stagnierende Linksbewegung erlebte noch einmal

¹⁵ An dieser Front war auch die 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK) beteiligt. Sie startete im Osten des Landes in Eruh und Semdinli am 15. August 1984 ihren ersten Angriff gegen den türkischen Staat.

einen deutlichen Aufschwung. Die Lage schien sich zugunsten der Linksorientierten zu ändern. Letztlich gelang es jedoch den linken Organisationen in der Türkei nicht, noch einmal die großen Massen nachhaltig zu mobilisieren oder sich zu einer bedeutsamen politischen Organisation zu entwickeln. Auch eine gemeinsame Aktionsplattform der linken Gruppierung konnte nicht dauerhaft etabliert werden.¹⁶

5 Anfang der 90er Jahre bis heute

Seit Anfang der 90er Jahre sind bei der Linksbewegung starke Legalisierungstendenzen festzustellen. Anfang 1990 wurde die Arbeiterpartei 'İşçi Partisi' (IP) von dem ehemaligen Maoistenführer Dogu Perincek gegründet, der seit der Zeit der MDD zur linken Szene gehörte. Die IP zählt heute zu den nationalistisch und orthodox-kemalistisch geprägten Parteien. Sie betrachten sich als linksorientiert, aber die Partei findet keine Anerkennung unter den Linken.

Die ehemaligen Mitglieder der pro-sowjetischen TKP, TIP und TSIP gründeten 1990 die 'Sozialistische Einheitspartei' ('Sosyalist Birlik Partisi' – SBP). Nachdem sich auch die 'Kommunistische Partei der Türkei/Leninisten' (TKEP/L) und 'Kurtulus'¹⁷ dieser Gruppe anschlossen, benannte sie sich in 'Partei der sozialistischen Einheit' ('Bırsesik Sosyalist Parti' – BSP) um. Die größte Organisation, 'Dev-Yol' von den "unabhängigen Linken", hatte ebenfalls den Wunsch geäußert, sich mit der BSP zu vereinigen. Schließlich wurde die 'Partei für Freiheit und Demokratie' (ÖPD)¹⁸ gegründet. Die ÖPD ist stark darauf konzentriert, aus der Krise der Sozialdemokratie zu profitieren und sich als eine neue sozialdemokratische Kraft zu profilieren. Sie existiert auch heute noch.¹⁹

Eine weitere wichtige Gruppe, die ihren Weg in die Legalität nahm, war die 'Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei' ('Türkiye Devrimci Komünist Partisi' – TDKP), die vorher unter dem Namen 'Halkın Kurtuluşu' bekannt war. Die TDKP war ehemals Verfechter des Sozialismus albanischer Prägung, die nach dem Untergang des Sozialismus in Albanien in eine tiefe Krise stürzte. Die Verteidiger der radikal-revolutionären Linie wurden mit der Zeit von der Partei ausgeschlossen, um eine Legalisierung der Bewegung zu ermöglichen. Die TDKP wurde offiziell nicht aufgelöst, wurde aber später in 'Partei der Arbeiter' ('Emegin Partisi' – EMEP) umbenannt und blieb auf der legalen politischen Bühne.

5.1 Die verbotenen Gruppierungen

Von der Vielzahl gewaltbereiter, linksextremistischer, zumeist kommunistisch ausgerichteter Organisationen in der Türkei sind nur noch sehr wenige existent und aktiv. Unter ihnen können die 'Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten' (TKP/ML) und ihre Splittergruppen sowie die 'Revolutionäre Volksbefreiungspartei - Front' (DHKP-C) mit ihrem bewaffneten Flügel DHK-C trotz erheblicher Schwächung, vor allem durch eine intensive Strafverfolgung von Funktionären und Anhängern in der Türkei, als die aktivsten Organisationen angesehen werden.

¹⁶ 1989-90 wurde die DDGB ('Devrimci Demokratik Güçbirliği' – Revolutionäre Demokratische Einheitskraft) wurde von den "unabhängigen Linken und Maoisten" gegründet. Die PKK war ebenfalls ein Mitglied der Front, die ineffektiv war und nicht lange.

¹⁷ Beide Gruppen gehörten zu den "unabhängigen Linken".

¹⁸ 'Özgürlük ve Dayanışma Partisi'

¹⁹ Bei den Parlamentswahlen am 3. November 2002 konnte die ÖDP nur 0,34% der Stimmen erhalten.

5.1.1 Die Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)²⁰.

Die 1978 von der 'Dev-Yol' abgespaltene 'Dev-Sol' spaltete sich Ende 1992 weiter in den so genannten "Karatas-Flügel" und den "Yagan-Flügel". Die internen Streitigkeiten liefen oft blutig ab. Zahlreiche Kader fielen in den Kämpfen oder entfernten sich von der Organisation. Der Ausgangspunkt der bis heute bestehenden Spaltung der 'Dev-Sol' waren Differenzen um die Person von Dursun Karatas. Ihm wurden Führungsfehler beziehungsweise Verrat an Organisationsangehörigen vorgeworfen. Im März 1993 kam die führende Person des oppositionellen Flügels, Bedri Yagan, mit vier weiteren Funktionären in der Türkei bei einem Polizeieinsatz ums Leben. Die Verantwortung dafür lasteten die Yagan-Anhänger dem Kreis um Karatas an. 'Dev-Sol' nennt sich nach der Abspaltung des Oppositionsflügels seit 1994 DHKP-C. Die Yagan-Anhänger gründeten die 'Türkische Volksbefreiungspartei/-front' (THKP-C).

Beherrschendes Agitations- und Kampagnenthema der DHKP-C ist seit Oktober 2000 der in türkischen Haftanstalten begonnene Hungerstreik, der sich gegen die Gefängnisse vom Typ F beziehungsweise die Isolationshaft richtet. Während das so genannte Todesfasten von acht anderen am Hungerstreik beteiligten linken Organisationen am 28. Mai 2002 beendet wurde, entschlossen sich die Gefangenen der DHKP-C zu einer Fortsetzung.

An den Folgen des Hungerstreiks innerhalb und außerhalb der Gefängnisse sind inzwischen mehr als 120 Menschen, mehrheitlich Mitglieder der DHKP-C, gestorben. Unter den teilnehmenden Gefangenen leiden mehr als 600 an Langzeitfolgen des Hungerstreiks. Die meisten von ihnen wurden für eine Behandlung vorläufig aus der Haft entlassen. Dies betraf über 500 Häftlinge, da ihre Behandlung in der Haft nicht zu gewährleisten war. Der Staatspräsident Ahmet Neidet Setzer begnadigte die unheilbar kranken Gefangenen. Ende 2003 kam dann aber eine Wende. Nach Hinweisen darauf, dass ehemalige Gefangene trotz ihrer Schwächung gleich wieder für die Organisation tätig wurden, sogar als Selbstmordattentäter auftraten und Solidaritätsaktionen organisierten, erklärten Gerichtsmediziner viele der erkrankten Personen für geheilt, so dass sie ihre unterbrochene Haft fortsetzen mussten. Der jahrelange Hungerstreik, in den immer wieder neue Gruppen von Gefangenen geschickt wurden, hat die Organisation eher geschwächt als gestärkt.

In der Türkei führen Revolutionäre ihren "Endkampf" seit nunmehr fast einem Jahr unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit, die daran kein Interesse mehr hat. Es ist das Todesfasten, das von politischen Gefangenen, die sich gegen Kleingruppenisolation wehren, angeführt wird. Die Slogans des Todesfastens lauten: "Wir kämpfen bis zum Tod!" und "Unsere Märtyrer sind unsterblich!". Die wohl einflussreichste der beteiligten Parteien, die DHKP-C, hat 1998 in einer Grundsatzerklärung Auskünfte über eine revolutionäre Moral gegeben, die vor Selbsterstörung nicht zurückschreckt. Darin wird aufgelistet, welche schlechten Sitten sich für einen Revolutionär verbieten. Dazu gehört: sich lässig in ein Sofa zu fläzen, Alkohol- und Drogenkonsum, aber auch der intime Umgang zwischen den Geschlechtern. Mit Bekleidungs Vorschriften wird Männern, insbesondere aber Frauen genau aufgegeben, wie vermieden werden soll, durch die äußere Erscheinung die Rundungen des Körpers zu betonen oder sonst wie Begierden zu wecken: keine hautengen Hosen bei Männern, keine hochhackigen Schuhe, ausgeschnittenen Oberteile, kurze Röcke, auffällige Kosmetik bei den Frauen. Begründet wird der strenge Katalog damit, dass man sich immer die natürlichen und bewährten Moralvorstellungen des einfachen Volkes zum Vorbild nehmen müsse und alles zu vermeiden habe, was "lümpen"²¹ sei. Solche illegitimen Wünsche seien von den imperialistisch kontrollierten Medien popularisiert worden, um die Bevölkerung zu verderben.

Es gibt zwar noch einige bewaffnete Kämpfer der DHKP-C in den Provinzen Tokat und Tunceli, aber spektakuläre Aktionen, wie die Ermordung von führenden Militärs oder Industriellen, hat es schon seit langer Zeit nicht mehr gegeben. Jedoch besteht die Militanz in den eigenen Reihen nach wie vor weiter. Am 1. Juli 2005 gab es einen Selbstmordanschlag auf das Justizministerium in Ankara. Laut türkischer Medien war der Selbstmordattentäter ein Mitglied der DHKP-C.

²⁰ *Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi*

²¹ "Lümpen" ist der aus dem Französischen ins Türkische übernommene Marxsche Begriff des Lumpenproletariats, der in stalinistischen Parteien schon seit über 30 Jahren eine Kampffarole gegen jeden Versuch ist, Luxus und Sinnlichkeit bereits hier und heute zu verwirklichen.

5.1.2 Die 'Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten' (TKP/ML)

Die 'Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten' (TKP/ML)²², die Verteidiger der maoistischen Linie, die sich als Nachfolger des Erbes von Kaypakkaya betrachten, spalteten sich 1993/94 in die TKP/ML (Hareketi) und die TKP(ML). Anfang der 90er Jahre suchte die als radikal-revolutionär geltende 'Türkiye Köyli İsci Hareketi' (Bauern- und Arbeiterbewegung der Türkei – TKIH) den Anschluss an die TKP/ML (Hareketi). Hieraus entstand die 'Marksist-Leninist-Komünist-Partisi' (Marxistische Leninistische Kommunistische Partei – MLKP). Ein Flügel der TKP/ML (Hareketi) wandte sich gegen den Zusammenschluss und gründete die 'Kommunistische Partei-Aufbauorganisation' ('Komünist Partisi-Insa Örgütü' – KP/IÖ), die die alte Linie der TKP/ML (Hareketi) verteidigt. Auch diese Spaltung führte zu blutigen internen Kämpfen zwischen der MLKP und der KP/IÖ.

Die TKP(ML) wurde auf ihrem ersten Kongress am 15. September 2002 von Teilen ihrer Anhängerschaft wegen ihrer fehlerhaften Taktik und Politik kritisiert und hat sich anschließend in die 'Maoistische Kommunistische Partei' (MKP) umbenannt. Im Juni 2005, während des MKP-Kongresses in Ovacik (Provinz Tunceli), wurde der Kongressort von der türkischen Armee bombardiert, wobei 17 MKP-Kader, darunter viele hohe Funktionäre der Partei, umgekommen sind.

6 Haltung der türkischen Linksbewegung zum EU-Beitritt der Türkei

Abgesehen von den gemäßigten linksorientierten kleinen Gruppen oder Intellektuellen wird die EU von der Mehrheit der Linken aus dem antiimperialistischen Standpunkt kritisiert beziehungsweise abgelehnt. Diese Einschätzung stammt noch aus den siebziger Jahren, als erstmals ernsthaft darüber diskutiert wurde, ob die Türkei dem gemeinsamen Markt beitreten solle. Damals wandte sich die Linke ganz entschieden gegen einen Beitritt, weil man davon ausging, dass davon nur die EG profitieren würde, während sich die Türkei durch die Öffnung ihrer Märkte ausliefern würde. Nach wie vor ist die Mehrheit der türkischen Linken der Ansicht, dass es sich bei der Europäischen Union um nichts anderes handelt, als um ein Projekt zur Ausweitung der Hegemonie des westlichen Imperialismus und des europäischen Großkapitals.

Aus diesem Grund stehen fast alle Parteien und Organisationen, die sich als links verstehen, einem Beitritt der Türkei zur EU ablehnend, reserviert oder zumindest skeptisch gegenüber. Es gibt Strömungen wie die ehemals maoistische IP, die in ihrer radikalen und nationalistischen Ablehnung der EU mit Islamisten und der 'Ülkücü'-Bewegung, den 'Grauen Wölfen', konkurriert. Nur eine Minderheit der Linken erkennen bei dem EU-Projekt "die internationalistische Komponente an"²³. Jene, die grundsätzlich einen EU-Beitritt befürworten, innerhalb der sozialdemokratischen Parteien oder der diversen kleineren sozialistischen oder neulinken Organisationen und Zirkel jedoch in der Minderheit sind, werden immer wieder als "Lakaien des Imperialismus" beschimpft. Zu ihnen gehört die Gruppe um die linksorientierte Zeitschrift 'Birikim'. Auch zahlreiche unabhängige linkorientierte Politiker mit erheblichem politischen Einfluss in der türkischen Gesellschaft sprechen sich für den EU-Beitritt der Türkei aus.

Andererseits sind sich die weitaus meisten linken und sozialistischen Gruppen und Bewegungen, einschließlich der sozialdemokratischen CHP, darüber im klaren, dass die im Zuge der "Anpassung an die Kopenhagener Kriterien" durchgeführten politischen und juristischen Reformen ohne eine Orientierung an der EU noch lange auf sich hätten warten lassen. Auch die kurdische Bewegung, die in Sachen Demokratisierung und Menschenrechte

²² Türkiye Kommunist Partisi/Marksisit Leninist

²³ Ömer Laciner, ein bekannter gemäßigter Intellektueller, schreibt in seinem Artikel "Lakaien des Nationalismus": "Mögen die politischen Parteien Europas allmählich an Kontur verlieren und mag dieser Verlust auf Seiten der Linken besonders groß sein, so ist die Haltung der Parteien zur Europäischen Union dennoch ein Maßstab. In ihrer Sicht auf die EU ist die europäische Linke einem ihrer Grundwerte, dem Internationalismus, treu. Mehr als alle anderen haben diese Parteien das Ziel der EU ernst genommen, Ethnien, Konfessionen und Religionen, die einander Jahrhunderte lang bekämpft haben, in einer Gesellschaft zu vereinen, und haben so maßgeblich dazu beigetragen, eine Perspektive zu entwickeln, die über die traditionellen Grenzen des kontinentalen Europas hinausgeht. Als die Türkei auf dem EU-Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 offiziell als Kandidatin anerkannt wurde, geschah dies zu einem Zeitpunkt, als in nahezu allen Mitgliedsstaaten linke Parteien an der Regierung waren".

in einer Reihe mit der Linken steht, weiß, dass allein der EU-Beitritt ein Gegengewicht zur Armee und zum Nationalismus darstellt. Allerdings nimmt der gesellschaftliche Einfluss der Linksbewegung seit geraumer Zeit ab, die parlamentarische Linke hat Schwierigkeiten, auch nur ein Viertel der Wählerstimmen zu gewinnen. Nicht zuletzt deshalb ist in der Türkei der EU-Beitritt eine Sache des Staats, ein Ziel, das von sämtlichen Parteien der Rechten und der Mitte verfolgt wurde, die in den vergangenen Jahren die Regierung bildeten. Zudem hat die Linke in Folge der demokratischen Reformen der jüngsten Zeit ihr wichtigstes Agitationsthema der achtziger und neunziger Jahre, Demokratie und Menschenrechte, verloren und damit ihre letzte wichtige Funktion eingebüßt.

In Bezug auf die EU-Mitgliedschaft der Türkei gelingt es den türkischen Linken nicht einmal, eine Basis für die Zusammenarbeit mit den europäischen Linken zu schaffen. Diese Initiativen blieben erfolglos, besonders angesichts der negativen Stimmung gegenüber dem EU-Beitritt der Türkei, die sich in der europäischen Öffentlichkeit nach dem EU-Gipfel vom Dezember letzten Jahres verbreitete, als der Türkei der Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen genannt wurde. Diese Entwicklung hat sowohl bei einigen Linken als auch bei einem Teil der Bevölkerung, die einen Beitritt befürworten, große Enttäuschung hervorgerufen. Die Vorbehalte einiger Mitgliedstaaten gegen einen EU-Beitritt der Türkei, die sich vor allem auf die Reisefreiheit türkischer Arbeitnehmer konzentrieren, wird als antitürkische Kampagne gewertet. Die türkische Linksbewegung war auch über das Schweigen der europäischen Linken und Gewerkschaften enttäuscht. Zugleich war es der türkischen Linken auch nicht möglich, auf die neuerliche nationalistische Welle in der Türkei mit dem "Gegengift" des Internationalismus zu antworten. Seitdem in Europa die Vorbehalte gegen die Türkei so deutlich ausgesprochen werden, ertönen auch die nationalistischen türkischen Stimmen gegen die EU deutlicher, entschlossener und aggressiver als je zuvor. Die türkischen Nationalisten aller Parteien, wegen der kurdischen Autonomie im Nordirak derzeit ohnehin gestärkt, haben begonnen, auch das Ziel einer türkischen Vollmitgliedschaft in der EU in Frage zu stellen und können Zuwachs verzeichnen. Die meisten türkischen Linken aber versuchen nicht einmal, sich dieser Stimmung entgegenzustellen, sondern bemühen sich, von diesem Nationalismus zu profitieren, indem sie selbst eine Verknüpfung von Nationalismus und Antiimperialismus vornehmen.

7 Resümee und Bewertung

Die Linksbewegung hat auch in der Türkei eine lange Tradition. Ihren Höhepunkt erreichte sie Anfang der 70er Jahre. Danach führten Richtungsstreite und Spaltungen zur Schwächung, wobei der Militärputsch vom 12. September 1980 eine besondere Zäsur darstellt. Gerade die ambivalente Haltung der Linksbewegung zu den Kemalisten beziehungsweise zu dem türkischen Militär ist eine Besonderheit, die nur in Kenntnis der besonderen politischen Entwicklungen nach der Gründung der türkischen Republik nachvollziehbar ist.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre (1986/87) – nach den großen Arbeiter- und Studentenprotesten – gingen die revolutionären Organisationen davon aus, dass die Arbeiterklasse der Türkei schnell an Bewusstsein gewinnen und ihren Kampf genau wie nach den Militärputschen von 1960 und 1971 stetig entwickeln würde.

Nach dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" ist die Linke nicht nur in eine schwere Legitimationskrise geraten, sie hat vielerorts auch den Mut verloren, über den Status quo des "siegreichen Kapitalismus" hinauszudenken und konkrete Vorschläge zu formulieren. Dieser Zusammenbruch führte zum Gefühl von Leere und Alternativlosigkeit. Der Grund hierfür ist, dass erhebliche Teile der Linken Osteuropa als ein sicheres "Rückzugsgebiet der Revolution" betrachteten (auch wenn sie oft kritisch gegenüber der Politik des "Realsozialismus" eingestellt waren). Für die Schwäche der revolutionären Bewegungen ist jedoch nicht allein der Untergang des Ostblocks verantwortlich, sondern auch einige der Fehleinschätzungen und interner Versäumnisse der Linken selbst.

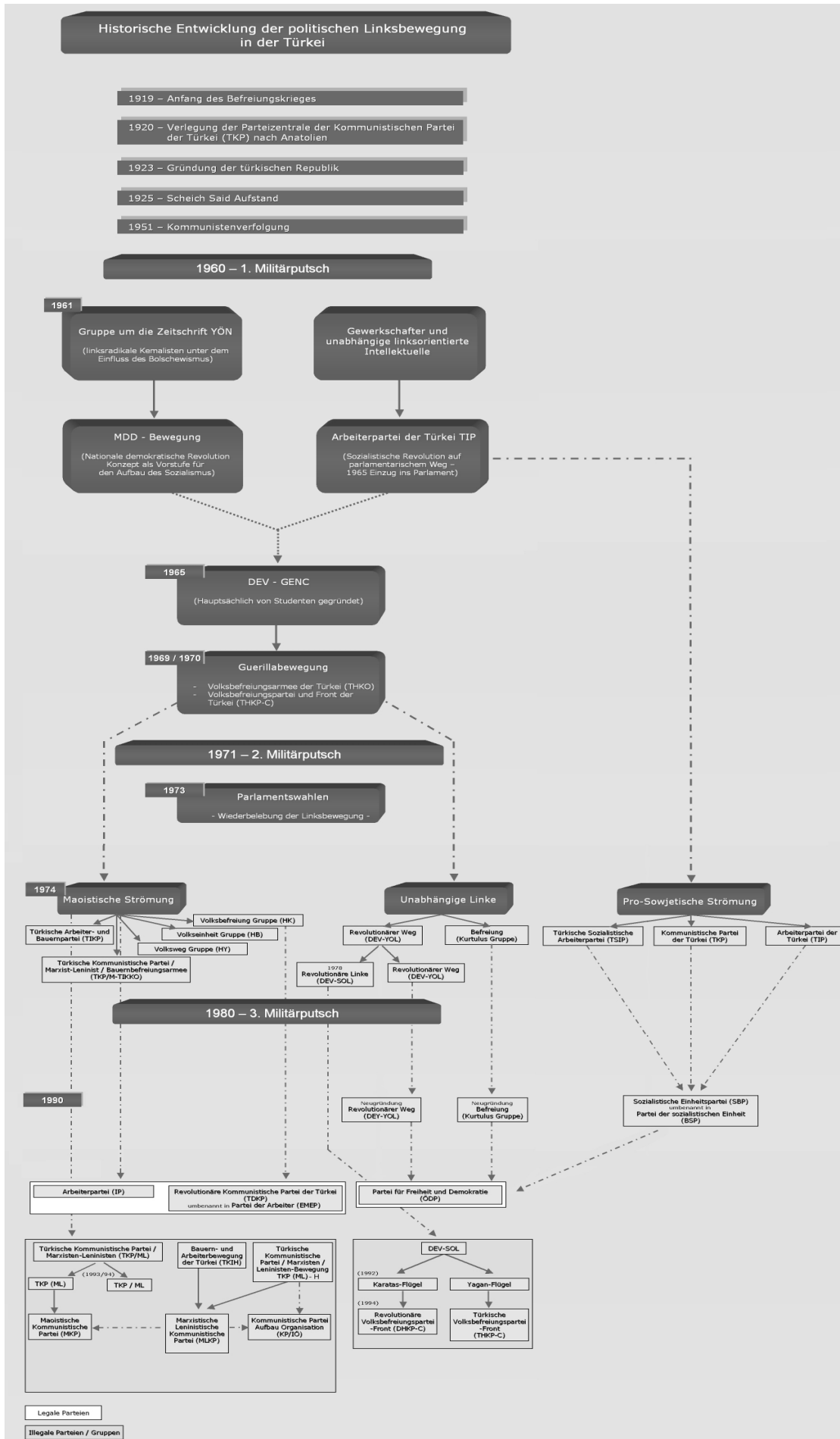
Die Studenten und Intellektuellen hatten dafür gesorgt, dass die türkische Linke in den 70er Jahren eine Schlagkraft entwickeln konnte, die längst verloren ist. Das Fehlen von innerorganisatorischer Demokratie und die Oberflächlichkeit vieler ideologischer Debatten, haben die Linke geschwächt. Mag ihr geistiger Einfluss unter den Intellektuellen sowie in einigen Medien und zivilgesellschaftlichen Institutionen auch etwas größer sein, als ihr Stimmanteil bei Wahlen nahe legen könnte, kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Linke in der EU-Frage ebenso einflusslos ist, wie in den anderen politischen Fragen. Die Mehrheit der Angehörigen der unteren

gesellschaftlichen Schichten, die damals von den Linken mobilisiert werden konnten, unterstützen jetzt die islamischen Parteien.

Der Aufbau des Sozialismus steht gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung und die Möglichkeit einer Revolution ist nicht zu erkennen. Es gibt gewisse "revolutionäre" Kreise, die immer noch so tun, als ob die Revolution kurz bevor stünde. Dies sind insbesondere extremistische Gruppen wie die MLKP und DHKP-C, die unberechenbar und gewalttätig bleiben. Daher stellen die kleinen Organisationen durch ihre Gewaltbereitschaft eine konkrete Gefahr dar. Diese radikalisierten Gruppierungen begehen in der Türkei auch Selbstmordattentate, um ihren politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Linksbewegung in der Türkei auf absehbare Zeit zu einer wirkungsvollen politischen Kraft werden könnte, ist so gut wie ausgeschlossen, solange sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit den Thesen der 60er und 70er Jahre begegnet und sich nicht um neue Kampfformen, entsprechende Organisationsformen und Lösungskonzepte zu aktuellen politischen Schlüsselfragen bemüht.

: Diagramm: Historische Entwicklung der Linksbewegung in der Türkei



Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Impressum

Herausgeber

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
Verfassungsschutz
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/871 - 2980
Telefax: 0211/871 - 161190
bestellung@im.nrw.de
www.im.nrw.de/verfassungsschutz
Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung des Herausgebers.